

## **V-8 Demokratie braucht Gemeinnützigkeit - für eine kritische Zivilgesellschaft!**

Antragsteller\*in: Anton Jaekel, Totti Schöningh

Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Seit mehreren Jahren werden die Räume zivilgesellschaftlichen Handelns  
2 weltweit massiv eingeschränkt. Dies äußert sich nicht nur in Formen harter  
3 Repression, wie der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen oder der  
4 Ermordung von Aktivist\*innen. Auch in Bezug auf formal organisierte Formen  
5 zivilgesellschaftlichen Handelns lassen sich Elemente subtilerer Repression  
6 beobachten, die gezielt Handlungsräume einschränken. So werden NGOs in diversen  
7 autokratischen Staaten gezielt von Finanzflüssen abgeschnitten, wodurch ihre  
8 Arbeit eingeschränkt wird. Ein anderes Beispiel zeigt sich in Russland. Infolge  
9 entsprechender Gesetze mussten sich viele NGOs als "ausländische Agent\*innen"  
10 registrieren lassen. Letztlich wird versucht progressives, demokratisches und  
11 emanzipatorisches Potential zivilgesellschaftlicher Gruppen einzuschränken, um  
12 autoritäre Herrschaft zu stabilisieren.

13 Es ist ein Fehler, derartige Einschränkungen der Zivilgesellschaft nur in  
14 Autokratien zu vermuten. Auch in demokratischen Staaten wird zunehmend versucht,  
15 Zivilgesellschaft zu verdrängen. Zwar gibt es auch rechte Gruppen in der  
16 Zivilgesellschaft - das *Heartland Institute*, oder auch der *Deutsche Jugendbund*  
17 seien hier als Beispiele genannt. Doch letztlich treffen diese Maßnahmen in der  
18 Regel Gruppen, die sich für ein gerechteres und freieres Leben für alle  
19 einsetzen. Die Artikulation von Meinungen, Auseinandersetzungen und Konflikte  
20 um diese sowie ihre Aushandlung sind zentrale Elemente einer Demokratie. Darüber  
21 hinaus fungieren viele Nichtregierungsorganisationen durch die Mobilisierung  
22 öffentlicher Meinung als Ausgleich gegenüber dem Lobbyismus vieler industrieller  
23 Vertreter\*innen. Für die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen  
24 sind Ressourcen entscheidend. In Deutschland ist für viele Gruppen ihre  
25 Gemeinnützigkeit von großer Bedeutung, da sie dadurch unter anderem, von der  
26 Steuer absetzbare, Spendenbescheinigungen ausstellen können oder Steuervorteile  
27 genießen und so einen größeren finanziellen Spielraum erhalten. Außerdem  
28 verleiht der Titel der Gemeinnützigkeit in den Augen vieler potenzieller  
29 Spender\*innen der betreffenden Organisation Vertrauenswürdigkeit, wird dadurch  
30 also gesellschaftlich anerkannt.

31 Der Angriff auf die Gemeinnützigkeit greift Fundamente demokratischen Handelns  
32 an und spielt der politischen Rechten in die Hände. In diesem Zusammenhang

33 verurteilt die GRÜNE JUGEND den Parteitagsbeschluss der CDU, der *Deutschen*  
34 *Umwelthilfe* ihre Gemeinnützigkeit aberkennen zu wollen.

35 Darüber hinaus urteilte der Bundesfinanzhof kürzlich, dass die "Beeinflussung  
36 von öffentlicher Meinung und politischer Willensbildung nicht als Bildungsarbeit  
37 oder Förderung des demokratischen Staatswesens im Sinne der Gemeinnützigkeit  
38 gewertet werden darf". Auf Grundlage dieses Urteils wurde *Attac* endgültig die  
39 Gemeinnützigkeit entzogen. *Campact* geht davon aus, dass es ihnen bald gleich  
40 ergehen wird und stellt daher keine Spendenbescheinigungen mehr aus. Zur Zeit  
41 ist unklar, inwiefern andere Organisationen davon betroffen sein werden.

42 Die bisherigen Elemente der Liste von als gemeinnützig anerkannten Aktivitäten  
43 stammt größtenteils aus den 1970er Jahren und ist nicht mehr auf der Höhe der  
44 Zeit. Darüber hinaus scheint die Anerkennung von Gemeinnützigkeit oftmals  
45 willkürlich zu erfolgen, da die Finanzämter überlastet sind. Es muss  
46 sichergestellt werden, dass Verbände wie *Campact* und *Attac* Rechtssicherheit  
47 erhalten und ihr Engagement fortsetzen sowie langfristig planen können.  
48 Dementsprechend fordern wir als GRÜNE JUGEND:

- 49 • eine Ausweitung der Abgabenordnung des Gemeinnützigkeitsrechts auf  
50 weitere Elemente, wie den Einsatz für Grundrechte, Menschenrechte,  
51 Gleichstellung aller Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz,  
52 Datenschutz. Langfristig sollten gemeinnützige Tätigkeiten nicht über eine  
53 Liste mit Themen, sondern vielmehr über wertorientierte Zielsetzungen  
54 definiert werden, wie Emanzipation, Empowerment, gesamtgesellschaftliche  
55 Solidarität, Erhaltung ökologischer Lebensgrundlagen.
- 56 • Politische Äußerungen, auch zu tagesaktuellen Themen, müssen immer auch  
57 mit dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit vereinbar sein. In Zeiten des  
58 Rechtsrucks ist es wichtig, kritische Zivilgesellschaft zu stärken.
- 59 • Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Gruppen, die durch ihren  
60 Einsatz oder das durch sie vertretene Gedankengut demokratische Grundwerte  
61 in menschenverachtender Weise konterkarieren, keine Anerkennung der  
62 Gemeinnützigkeit erhalten. Vor diesem Hintergrund fordern wir die  
63 Schaffung einer Bundesbehörde, die mit den notwendigen Ressourcen  
64 ausgestattet ist und Prüfmechanismen nutzt, welche die Einhaltung der oben  
65 beschriebenen Regelungen prüfen können.

66 Die Bundesmitgliederversammlung beauftragt den Bundesvorstand, im Rahmen  
67 vorhandener Kapazitäten, mit der kritischen Begleitung eines möglichen  
68 Gesetzgebungsprozesses auf Grundlage unserer Forderungen sowie der Unterstützung  
69 von und Zusammenarbeit mit Bündnissen, die sich inhaltlich für ähnliche Reformen  
70 einsetzen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich. Wir freuen über Änderungsanträge.